

Kriminalität – 35 Menschen arbeiteten illegal

Razzia gegen Schleuserbande

MANNHEIM. Bei einer Razzia gegen Schleuserkriminalität hat die Polizei Wohnungen in Mannheim und in der Nähe von Karlsruhe und Worms durchsucht. Vier Haftbefehle wurden vollstreckt, wie ein Sprecher der Bundespolizei mitteilte. Insgesamt wurden 24 Wohnungen durchsucht und zahlreiche Baustellen unter die Lupe genommen. »Das Schleusernetzwerk wurde zerschlagen«, sagte der Sprecher weiter.

Es werde gegen eine siebenköpfige Schleuserbande ermittelt, darunter Männer und Frauen. Gegen die drei Personen der Gruppe, gegen die kein Haftbefehl vollstreckt wurde, werde aber dennoch ein Strafverfahren eröffnet. Die Verdächtigen sind im Alter zwischen 38 und 65 Jahren. Einer der vier Hauptbeschuldigten hatte eine Firma, für die er Leiharbeiter mit erzwungenen Mietverhältnissen rekrutierte. Die Gruppe soll nach Angaben des Sprechers Menschen aus den vorderasiatischen und kaukasischen Ländern nach Deutschland gebracht und ohne Genehmigung hier arbeiten lassen haben. Insgesamt seien 35 Menschen eingeschleust worden, sagte der Sprecher. Sie seien alle in Gewahrsam.

Gefälschte Ausweisdokumente

Ein Mann wurde nach Polizeiangaben schon im Juli vergangenen Jahres bei der Ausreise am Flughafen in Frankfurt am Main kontrolliert – daraus ergaben sich erste Hinweise auf die Schleusergruppe. Er habe bei der Ausreise einen Pass mit Visum vorzeigen können – aber ohne Arbeitserlaubnis. Bei der Kontrolle stellte sich dann aber heraus, dass der Mann in Deutschland gearbeitet hatte, wie der Sprecher sagte. Bei darauffolgenden Kontrollen am Stuttgarter und Frankfurter Flughafen soll es dann bei weiteren Personen die gleichen Auffälligkeiten gegeben haben. Der Zoll habe daraufhin mehrere Firmen kontrolliert – unter anderem ein Betonwerk – bei denen er mehrere Menschen fand, die in Deutschland illegal arbeiten. Seit Januar ermittelte dann die Polizei gegen die Gruppe.

Nachdem die Menschen mit Visum eingereist seien, habe die Gruppe EU-Personalausweise gefälscht, hieß es weiter. Dadurch konnten die Personen in Deutschland arbeiten. Sie haben demnach weniger als den Mindestlohn bekommen. Es werde daher wegen des Verdachts auf das gewerbsmäßige Einschleusen von Ausländern, der Beschäftigung von Ausländern ohne Aufenthaltsgenehmigung und Urkundendelikten ermittelt. Das Hauptzollamt Karlsruhe sei in die Ermittlungen involviert, da man auch von der Veruntreuung von Sozialversicherungsbeiträgen ausgehe. Damit stehe auch ein Verstoß gegen das Schwarzarbeitsgesetz im Raum. (dpa)

IN KÜRZE

Geld für Staatsbäder

STUTTGART. Das Land Baden-Württemberg stellt für die Sanierung und den Betrieb der Staatsbäder Caracalla-Therme und Friedrichsbad in Baden-Baden rund 82,5 Millionen Euro bereit. Das sehe der Haushaltsentwurf 2025/26 in Form einer Verpflichtungsermächtigung vor, sagte ein Sprecher des Finanzministeriums. Hinzu kommen laut Ministerium noch 63 Millionen Euro für die Cassiopea-Therme in Badenweiler (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald). Ein zwischenzeitlich im Raum stehender Verkauf sei damit erst einmal vom Tisch. (dpa)

Karambolage bei Starkregen

BISINGEN. Sechs Menschen sind bei einem Unfall auf der Bundesstraße 27 nahe Bisingen (Zollernalbkreis) teils schwer verletzt worden. Die Straße war stundenlang gesperrt. Ein 51 Jahre alter Autofahrer hatte wohl wegen Starkregens die Kontrolle über seinen Wagen verloren und prallte gegen die Mittelleitplanke. In der Folge wurden vier weitere Autos in den Unfall verwickelt. Gegen eines prallte der Unfallverursacher mit seinem Fahrzeug, andere bremsen ab oder fuhren aufeinander auf. Eine Fahrerin kam per Rettungsschrauber in eine Klinik, die anderen Verletzten brachte der Rettungsdienst in Krankenhäuser. Es entstand ein Schaden von etwa 130.000 Euro. (dpa)

Drohne bringt Defibrillator zum Patienten

AALEN. Im Rahmen des Projekts »Rettungskette 5G« fliegt eine Rettungsdrohne samt Defibrillator in einem Jungfernflug zu einem »Patienten« mit Herz-Kreislaufstillstand. Der Patient ist in diesem Fall aber eine Gummipuppe, denn es ist kein Realbetrieb. Im Ostalbkreis läuft ein mit rund vier Millionen Euro

vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr finanziertes Modellprojekt, das mit Unterstützung des neuen Mobilfunkstandards 5G die Notfallversorgung im ländlichen Raum verbessern soll. Für das Projekt wurden im Landkreis zwei 5G-Hochleistungsmasten aufgestellt.

Noch bis Jahresende finden über Aalen, Essingen und Lauterberg Testflüge der Rettungsdrohne des DRK-Kreisverbands Aalen statt. Erstmals in Deutschland werde ein Defibrillatordrohnenkonzept in ein Appbasiertes Ersthelfer-Alarmierungssystem integriert, so Projektleiterin Clara Lieb. (dpa)

Polizei vermutet Radunfall mit Reh

ESSINGEN. Ein Radfahrer ist bei einem nächtlichen Unfall nahe Essingen (Ostalbkreis) schwer verletzt worden – möglicherweise infolge eines Zusammenstoßes mit einem Tier. Das ergaben Ermittlungen der Polizei.

Am Hinterrad seines Fahrrads wurden Tierhaare gefunden, vermutlich von einem Reh, wie

ein Polizeisprecher sagte. Der 59 Jahre alte Mann konnte sich an den Unfall nicht mehr erinnern. Ein Autofahrer hatte den Mann am späten Montagabend auf einer Landstraße durch ein Waldgebiet bemerkt und Hilfe gerufen. Zunächst hatte der Radfahrer angegeben, allein gestürzt zu sein. (dpa)

Architektur – In einem ehemaligen Industriequartier bei Wendlingen überbrücken junge Leute die Zeit bis zum Winter

Wohnpioniere in der Neckarspinnerei

VON FRANK SCHWAIBOLD

WENDLINGEN. Die großen Zeiten liegen lange zurück. Aber Fakt ist: Im Wendlinger Ortsteil Unterboihingen (Kreis Esslingen) wurde einst Industriegeschichte geschrieben. Angetrieben von der Wasserkraft des Neckars produzierte hier die Spinnerei Otto Textil von 1861 bis 2020 Garne für das ganze Land. Dann aber, so sagt es Frank Keiner von der HOS Projektentwicklung GmbH, »war Otto nicht mehr wettbewerbsfähig«.

Nicht nur die technische Ausrüstung war damals zukunftsweisend, das Leben in der historischen Neckarspinnerei war es ebenso. Autark in der Energieversorgung, mit eigener Kirche, Pfarrhaus und Betriebswohnungen konnten sich die Arbeitenden einen weiten Fußweg ersparen und stattdessen am Flussufer erholen.

Nun könnte das Quartier als eines von 29 Projekten der Internationalen Bauausstellung im Jahr 2027 (IBA'27) auch in eine gute Zukunft geführt werden. Die denkmalgeschützten Gebäude sollen saniert werden und – ergänzt um Neubauten – erneut zu einem produktiven Stadtquartier entwickelt werden.

»Wohnraum in Ballungszentren ist knapp«

Bis dahin ist es allerdings ein weiter Weg. Wie diese Zeit sinnvoll überbrückt werden kann, zeigt der Verein Adapter mit einer experimentellen Zwischennutzung im historischen Spinnerei-Hochbau. Der Verein entwickelte dazu ein Modulsystem aus Holz und stattete damit eine Halle des Industriegebäudes mit temporären Wohnräumen aus. Paul Vogt, ein junger Architekt aus Stuttgart, wohnt selbst in einer der »Wohnboxen«. Wenn er seine Ruhe will, zieht er einfach eine Schiebetür zu und ist allein. Wenn er Gesellschaft will, öffnete er die Schiebetür – und schon steht er mitten in der Industriehalle am großen Gemeinschaftstisch hinter der Küchenzeile. Seine Mitbewohnerin Victoria ist begeistert: »Das gibt mir ein gutes Wohngefühl«. Anders als in einer WG »betreten wir zunächst einmal den großen



Paul Vogt sitzt am Tresen vor der Gemeinschaftsküche in der Neckarspinnerei.

FOTO: SCHWAIBOLD

Gemeinschaftsraum und gehen erst dann in unsere Zimmer«.

Acht Studenten und Freiberufler haben sich derzeit in der Neckarspinnerei eingerichtet. Ganz einfach war es nicht, bis das Projekt der Wohnpioniere von den Behörden genehmigt wurde. Aber letztendlich gab das Landratsamt Esslingen seinen Segen, berichtet Vogt. Die Nutzungsgenehmigung gilt bis Ende 2025. Möglich wurde das Wohnexperiment, indem sich Adapter und die HOS als Projektpartner beim Verband Region Stuttgart für Fördermittel im Rahmen einer Kofinanzierung von innovativen IBA'27-Projekten bewarben. Am Ende gab es einen Kooperationsvertrag und eine Vereinbarung, dass die beiden Partner die Fläche nutzen dürfen.

Gefertigt werden die Wohnboxen mit sogenannten Endo-Holzelementen. Sie wurden vom Verein Adapter entwickelt und von einer Schreinerei aus Kornwestheim gefertigt. Ein Zwölf-Quadratmeter-

Zimmer kostet samt beidseitigen Schiebetüren »bei dieser ersten Kleinserie« laut Vogt rund 25.000 Euro. Jeder Mieter zahlt im Monat 350 Euro. »Wohnraum in Ballungszentren ist knapp. Gleichzeitig stehen durch einen rapiden Wandel in der Arbeitswelt viele Gewerbeflächen leer«, weiß Vogt um das Problem. »Deshalb haben wir ein Konzept für die temporäre Umnutzung von Gewerbeflächen zu Wohnraum entwickelt«, so der 32-Jährige. Ziel sei es, »Leerstandskosten zu vermeiden und flexiblen Wohnraum zu schaffen«.

Ganz allein in dem riesigen Quartier sind die acht jungen Leute allerdings nicht. In einem weiteren Gebäude ist die Firma Batene zu Hause. Es ist eine Ausgründung der Max-Planck-Gesellschaft. Das Start-up ist 2023 als erster neuer Nutzer in die Neckarspinnerei eingezogen.

In den historischen Fabrikhallen, in denen früher Baumwollfasern verarbeitet wurden, hat Batene einen Reinraum als

Haus-in-Haus-System gebaut. Hier entwickelt das Unternehmen eine völlig neue Batterietechnologie, die auf einem Metallvlies basiert.

Wie es mit dem Wohnexperiment von Adapter weitergeht, ist offen. Seit Juli dieses Jahres wohnen die ersten Mieter in der Neckarspinnerei. Aber im Winter benötigen sie ein neues Quartier. Zwar lassen sich die einzelnen Wohnboxen beheizen. Um den Gemeinschaftsraum in der großen Fabrikhalle warm zu halten, wäre der finanzielle Aufwand jedoch viel zu teuer. Eine gesicherte Anschlussnutzung gibt es noch nicht.

Doch Paul Vogt bleibt zuversichtlich, eine Lösung zu finden: »Wir sind in Gesprächen, wo es weitergehen kann. Über weitere Kontakte zu möglichen Anschluss-Immobilien freuen wir uns!«, schiebt er gleich noch eine Bewerbung hinterher. Denn die Wohnpioniere sind bei ihrem neuen Lebensmodell auf den Geschmack gekommen. (GEA)

Extremismus – Nach dem Terroranschlag von Solingen hat der Bund die Gesetze verschärft. Nun zieht das Land nach

Was hinter dem Anti-Terror-Paket steckt

STUTTGART. Im Kampf gegen islamistische Radikalisierung will die grün-schwarze Landesregierung die Sicherheitsbehörden mit mehr Befugnissen, mehr Personal und mehr Geld ausstatten. Es geht dabei um die Bereiche Sicherheit, irreguläre Migration und Prävention. Ein Überblick zu den Beschlüssen.

Warum beschließt die Regierung diese Maßnahmen?

Hintergrund ist der tödliche Messerangriff von Mannheim und der mutmaßlich islamistische Terroranschlag von Solingen. Dass Einzeltäter sich radikalisierten und scheinliche Taten begingen, sei eine Entwicklung, die sich verstärkte, warnte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Crine) am Dienstag. Nachdem der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen neue Maßnahmen beschlossenen haben, einigten sich Grüne und CDU im Südwesten am Montagabend auf ein Maßnahmenpapier, das 16 Punkte im Bereich Sicherheit aufführt, acht bei der Migration und sieben bei der Prävention. Mehrere Ministerien haben daran mitgewirkt.

Nicht alles davon ist neu, teils werden in dem Papier bereits implementierte Maßnahmen aufgeführt oder Dinge, die

bereits im geplanten Doppelhaushalt für 2025 und 2026 hinterlegt sind. »Das ist ein Beleg, dass die Dinge schon längst eingeschuldet sind«, sagte Kretschmann. Nach Worten von Innenminister Thomas Strobl (CDU) habe man neue Maßnahmen beschlossen mit Kosten in Höhe von 18 Millionen Euro jährlich.

Was ist geplant im Bereich Sicherheit?

In Baden-Württemberg soll ein neues Staatsschutz- und Anti-Terrorismuszentrum entstehen. Das neue Zentrum soll relevante Akteure unter dem Dach des Landeskriminalamts vernetzen – mit dabei sein sollen nicht nur Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz, sondern auch der Sonderstab »Gefährliche Ausländer« und die Landesmedienanstalt, heißt es in dem Sicherheitspapier.

Künstliche Intelligenz (KI) soll den Ermittlern künftig im Kampf gegen den Terrorismus stärker unter die Arme greifen – etwa bei der Auswertung von Millionen Bild- und Videodateien, beim Durchsuchen extremistischer Inhalte in sozialen Medien und beim Dolmetschen von Chatverläufen. Baden-Württemberg will zudem gemeinsam mit einer externen Hochschule in Baden-Württemberg einen

spezifischen Studiengang für die Analyse und Auswertung von Daten für die Polizei entwickeln. Gegen Terror im Netz soll die IT-Infrastruktur der Polizei gestärkt werden.

Zur Fahndung gesuchter Verbrecher möchte sich das Land außerdem nach einem Pilotbetrieb mehrere Geräte für ein automatisches Kennzeichenlesesystem beschaffen. Eine »Task Force Desinformation« soll zur Sensibilisierung und Aufklärung beitragen.

Und was will das Land gegen irreguläre Migration tun?

Der Sonderstab »Gefährliche Ausländer« soll gestärkt werden, um kriminelle Ausländer schneller abschieben zu können. Dafür soll der Stab zusätzliche Mittel und Personal erhalten. Laut Justizministerium geht es um 20 zusätzliche Stellen. Eine weitere Asylkammer soll entstehen, um Verfahren zu beschleunigen. Landesweit sind zum Juli 2024 bereits sechs Asylkammern mit 18 zusätzlichen Richterstellen eingerichtet worden. Seit Juni stiegen die Eingangszahlen an den Gerichten allerdings extrem an.

Was ist im Bereich Prävention geplant?

Mobile Beratungsteam sollen der Radikalisierung in Flüchtlingsheimen vorbeugen. Extremisten und insbesondere Salafiten nutzen Flüchtlingsunterkünfte zur Radikalisierung, heißt es in dem Papier. Auch die Weiterbildungsangebote zur Extremismusprävention für Lehrer sollen ausgebaut, die Demokratiebildung an Schulen gestärkt werden.

Gibt es auch Kritik an dem Sicherheits-Paket des Landes?

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, begrüßt die Maßnahmen, diese seien richtig und wichtig. »Manches was jetzt kommen soll, hatten wir vor Jahren gefordert. Vielleicht war die Zeit damals noch nicht reif«, sagte er. Die Umsetzung müsse nun schnell erfolgen.

Kritik kommt hingegen von der Grünen Jugend. »Wir halten es für falsch, Migration in einen Topf mit Sicherheit und Terrorismusbekämpfung zu packen«, teilen die Sprecherinnen des Landesverbandes mit, Anne Mann und Ely Reich. »Da werden Themen zusammengeworfen, die nicht zwangsläufig zusammengehören.« Die Regierung impliziere, dass »Migration per se ein Sicherheitsproblem wäre«. (dpa)